



öffentlich

**Betreff:**

Nutzung des Babelsberger Parkes

Erstellungsdatum 13.05.2002

Eingang 02:

**Einreicher:** Fraktion Die Andere

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
05.06.2002	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		X

**Beschlussvorschlag:** Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg zur Nutzung des Babelsberger Parkes zu führen und sich dafür einzusetzen, daß eine angemessene Nutzung des Parkes durch die Bevölkerung gewährleistet bleibt.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen  
auf der Rückseite

**Entscheidungsergebnis**

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

**Finanzielle Auswirkungen?**

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

**Begründung:**

Seit dem Frühjahr 2002 wird der Babelsberger Park verstärkt durch Parkwächter/innen kontrolliert. Viele Anwohner/innen empfinden das Agieren der Stiftung als übertrieben und fühlen sich durch die massive Präsenz zunehmend belästigt. Es wirkt in der Tat absurd und übertrieben wenn im jeher intensiv durch die Bevölkerung genutzten Park plötzlich ostereiersuchende Kinder von den Wiesen vertrieben werden, Hunde nur noch an der Leine geführt werden dürfen und Radfahrer vom Rad gerissen werden. Diese Vorfälle haben inzwischen ein Maß erreicht, daß den sozialen Frieden in Babelsberg gefährdet und die Akzeptanz für Pflegemaßnahmen im Park kaum erhöhen wird.

Der Oberbürgermeister sollte versuchen, in dem Konflikt einen vernünftigen Ausgleich herbeizuführen und sich gegenüber der Stiftung für die berechtigten Belange der Bevölkerung einsetzen.